



Februar 2018

Konzept des Bundesvorhabens „Jugendsozialarbeit an Schulen“ der Jugendmigrationsdienste

Ausgangslage:

Religiös-begründeter Extremismus (zum Beispiel: *gewaltbereiter Neosalafismus*) gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Er ist mit seinem Angebot einer Jugendkultur insbesondere anziehend für junge orientierungslose Menschen und gibt vermeintlich einfache Antworten auf Entwicklungsfragen des Jugendalters. Gerade bei kritischen Lebensereignissen wie Tod und Krankheit in der Familie, Drogenkonsum, Gewalt- und Diskriminierungserfahrung, erlebter Benachteiligung und Ausgrenzung bietet er einen gefährlichen alternativen Lebensweg. Angesprochen werden allerdings nicht nur muslimische Jugendliche: Jugendliche mit Migrationshintergrund ebenso wie herkunftsdeutsche junge Männer wie Frauen fühlen sich von der Ideologie, dem versprochenen Gemeinschaftsgefühl und Lebensstil angezogen.

Um junge Menschen vor einer Radikalisierung zu schützen, müssen primär-präventive Maßnahmen an ihrem Lebensort angeboten werden. Dabei spielt nicht nur die Stärkung junger Menschen als mündige, demokratisch gebildete Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle. Auch das Aufzeigen von Lebensperspektiven durch eine sozialpädagogische Begleitung in der Schule und am Übergang von der Schule in den Beruf stabilisieren junge Menschen und sind damit ein wichtiger Schutz vor Radikalisierung¹.

Eine ganzheitliche Präventionsstrategie vor Ort kann nur in Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Vereinen, Kommunen und weiteren Akteuren vor Ort erfolgreich sein. Die **Schule** ist dabei eine wichtige Anlaufstelle für primärpräventive Angebote. Schulen müssen dabei unterstützt werden, jungen Menschen die Werte einer demokratischen und offenen Gesellschaft zu vermitteln, um ihre Resilienz gegenüber menschenfeindlichen

¹ Unter anderen Mansour, Ahmad (2014): „Salafistische Radikalisierung – und was man dagegen tun kann“ unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211833/praxisbericht-radikalisierung-und-was-man-dagegen-tun-kann> (abgerufen am 28.09.2017) und Glaser, Michaela (2016): „Was ist übertragbar, was ist spezifisch? Rechtsextremismus und islamistischer Extremismus im Jugendalter und Schlussfolgerungen für die pädagogische Arbeit“ unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/239365/rechtsextremismus-und-islamistischer-extremismus-im-jugendalter> (abgerufen am 28.09.2017)

Ideologien zu stärken. Jugendliche sollen lernen, sich selbst im Diskurs mit anderen zu positionieren und unterschiedliche Auffassungen auszuhalten. Diese Entwicklung gilt es - auch angesichts der Ergebnisse des 15. Kinder- und Jugendberichtes und der zunehmenden Ganztagsbeschulung - institutionell zu unterstützen. So können Kinder und Jugendliche gezielt stark gemacht werden und sind eher in der Lage, radikale Propaganda zu erkennen und ihr zu widerstehen. Präventionsarbeit braucht allerdings auch personelle Ressourcen in geeigneten, verlässlichen Strukturen. Dabei haben vor allem Schulen in strukturschwachen Gebieten einen besonderen Unterstützungsbedarf.

Präventionspartner

Umsetzungspartner des Bundesvorhabens „Jugendsozialarbeit an Schulen“ nach dem Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus der Bundesregierung sind Jugendmigrationsdienste, Schulen, Träger der Radikalisierungsprävention bzw. der politischen Kinder- und Jugendbildung und öffentliche Träger der Jugendhilfe. Beteiligt werden zudem die Landesdemokratiezentren.

Jugendmigrationsdienste (JMD) bieten sozialpädagogische Beratung und Begleitung für die jungen Menschen, die einen besonderen Unterstützungsbedarf bei ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Integration haben. Durch die Schaffung von Lebensperspektiven verhindern sie, dass fehlende Perspektiven zu einem Radikalisierungsfaktor werden können. Die JMD arbeiten mit den relevanten Akteuren vor Ort zusammen (z.B. im Rahmen von bereits vorhandenen Präventionsnetzwerken und -programmen, ansonsten unter anderem mit Schulsozialarbeit, Jugendamt, ggf. muslimischen Verbänden und Gemeinden, Jobcenter, Polizei etc.). Sie stehen entweder direkt in den Schulen oder in ihren eigenen Einrichtungen den Schülerinnen und Schülern mit dem Beratungs- und Unterstützungsangebot der JMD zur Verfügung.

Schulen (allgemeinbildende und berufliche) sind zentrale Orte, an denen alle jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft erreicht werden können, da sie hier einen Großteil des Tages verbringen. Schulen sind im Rahmen des Vorhabens wichtige Partner, die einen Zugang zu Räumen, Schulklassen, Lehrkräften und der Schulsozialarbeit herstellen. Gemeinsam mit den JMD bestimmen sie den Rahmen sowie die inhaltliche Ausrichtung des Angebots. Die Jugendmigrationsdienste schließen mit der Schule **Kooperationsvereinbarungen** ab, in der die Formate der Zusammenarbeit festgehalten werden (siehe Merkblatt Kooperationsvereinbarung).

Träger der Radikalisierungsprävention bzw. politischen Kinder- und Jugendbildung verfügen über Expertise in der primärpräventiven pädagogischen Arbeit. Ihre Gruppenangebote stärken die Resilienz der Schülerinnen und Schüler gegenüber demokratiefeindlichen, gewaltaffinen und radikalen Ideen. Sie arbeiten mit Prinzipien der Jugendarbeit, nach denen die Jugendlichen sich selbst positionieren und gemeinsam Themen erarbeiten (etwa zu Muslimfeindlichkeit, Diskriminierungserfahrungen, interreligiösem Dialog, Antisemitismus). Die Gruppenangebote können zeitlich begrenzt oder über einen längeren Zeitraum begleitend stattfinden. Sie können sich an Teile der Schülerschaft richten, wie bestimmte Klassenverbände oder an ausgewählte Gruppen (z.B. im Rahmen von AGs).

Die JMD-Träger wählen geeignete Fachträger der Radikalisierungsprävention/ der politischen Kinder- und Jugendbildungsarbeit als Kooperationspartner, um gemeinsam Gruppenangebote für Kooperationsschulen vor Ort zu entwickeln.

Zusätzlich bieten JMD und Schulen einzelnen Jugendlichen mit besonderem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf Beratung und Begleitung im Rahmen des Regelangebots des JMD. Die Teilnahme an allen Angebotsformen ist freiwillig.

Präventionsziel

Die Projektpartner entwickeln gemeinsam Konzepte, wie primär-präventive Expertise und Ansätze Eingang in die Jugendsozialarbeit an Schulen finden und erprobt werden können. Die Basis für die Zusammenarbeit bildet ein gemeinsam erarbeitetes **Präventionskonzept** mit klaren Zielstellungen. Das Präventionskonzept muss sich in bereits vorhandene Konzepte der Länder und Kommunen einfügen und kann im Laufe der Zusammenarbeit entwickelt werden.